



Die Existenz von Tafeln ist ein
Armutzeugnis für den Sozialstaat

NEUER WOHLFAHRTSVORSITZENDER

„Systemfehler Armut beseitigen“




Seit Anfang Januar ist er im Amt – turnusgemäß für zwei Jahre: Der neue Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW, der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel, hat sich viel vorgenommen. Er will gesellschaftlichen Fliehkräften die Stirn bieten.

Mehr Einsatz für gesellschaftlichen Zusammenhalt fordert der neue Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW (LAG FW), Dr. Frank Johannes Hensel. Viele Menschen fühlten sich abgehängt mit allen unberechenbaren politischen, ökonomischen und sozialen Folgen, sagt Hensel. Es gelte, der sozialen Spaltung im Land entgegenzuwirken

AUSGABE JANUAR 2020

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

-  caritas-nrw.de/nachrichten
-  facebook.de/caritas_in_NRW
-  redaktion@caritas-nrw.de

ken und Anschluss für die Abgehängten zu schaffen.

„Fehlende oder schlechte Arbeitsverhältnisse, drängende Ängste durch Armut und Krankheit und eine verbreitete soziale Isolation sind Merkmale der Ausgrenzung und Einsamkeit, gegen die der einzelne Mensch allein nicht mehr ankommt“, unterstrich Hensel. Er kritisiert politisches Handeln und Unterlassen, das zur gesellschaftlichen Spaltung beitrage. Die Wohlfahrtsverbände müssten den politischen und gesellschaftlichen Fliehkräften die Stirn bieten und mit ihrer hohen fachlichen und organisatorischen Professionalität für die Zukunft möglichst vieler Menschen einstehen. Das Fundament für gesellschaftlichen Zusammenhalt werde gebildet durch Sicherheit und Vertrauen: Sicherheit, dass es gerechte und faire Chancen für alle Menschen gibt, und Vertrauen auf Hilfeleistungen bei persönlicher Not.


Der LAG-Vorsitzende verweist darauf, dass in NRW 16 Prozent der Menschen arm oder von Armut bedroht seien. Jedes fünfte

Kind sei auf Sozialleistungen angewiesen, in Gelsenkirchen liege diese Quote sogar bei 40,5 Prozent. Zudem seien immer mehr Rentnerinnen und Rentner auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. „Viele Menschen bei uns im Land stehen Monat für Monat vor einem finanziellen Überlebenskampf, ausgelöst durch prekäre Beschäftigung mit Minijobs, Befristungen, Teilzeit- oder Leiharbeit“, beklagt Hensel. Betroffene fühlten sich oft nutz- und wertlos, weil sie von der Politik kaum wahrgenommen und von der Gesellschaft als Verweigerer oder Versager stigmatisiert würden.

Gefahr für die Demokratie

Diese Entwicklung sei auch eine Gefahr für unsere Demokratie: „Wer das Gefühl hat, nicht teilhaben zu können an der Gesellschaft, wird sich auch von den Koalitionen etablierter Parteien wenig versprechen“, warnt Hensel. Dabei habe Armut wenig mit persönlicher Schuld oder Pech zu tun, sondern sei „in hohem Maße ein Systemfehler, der menschengemacht ist und daher auch von Menschen verringert und weitgehend beseitigt werden kann“.

So dürfe beispielsweise der Bildungsabschluss eines Kindes nicht weiter so deutlich vom Einkommen und Status der Eltern abhängen. Hensel plädiert für mehr gut ausgebildetes und attraktiv entlohntes Personal in Kitas und Schulen, damit mehr Kinder ihren persönlichen Möglichkeiten entsprechend gefördert würden.

Die Kommunen und das Land sollten Familien- und Klimapolitik mit Sozialpolitik verbinden, fordert der Wohlfahrts-Chef. „Zugangschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu verbessern geht, indem sie zahlreiche öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Theater, Vereine oder Zoos kostenlos nutzen dürfen“, erklärt Hensel. Das gelte auch für den öffentlichen Nahverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, denn die enorm eingeschränkte Mobilität sei eines der deutlichsten Kennzeichen von Armut und Ausgrenzung.  M. L.



Hoffnung auf mehr Grün

An den meisten Tagen ist die Karte von Nordrhein-Westfalen fast komplett rot. Mit Glück finden die Mitarbeiterinnen in den 64 Frauenhäusern noch ein grünes Haussymbol, das einen freien Platz signalisiert. Die Lage hat sich in den vergangenen Jahren verschärft, weil die Gewalttäter nicht weniger geworden sind und die Frauen mit ihren Kindern nur sehr schwer eine bezahlbare Wohnung finden, um wieder ausziehen und damit ihren Platz frei machen zu können.

Aber es gibt zum Jahresbeginn eine gute Nachricht: Die Pauschalen für die Personalausgaben sollen nach langem Stillstand künftig jährlich um 1,5 Prozent steigen. Ministerin Ina Scharrenbach (CDU) fördert zudem seit verganginem November zwei weitere Frauenhäuser, bis 2022 sollen insgesamt 50 weitere Plätze angeboten werden, 38 sind schon geschafft.

Das ist ein hoffnungsvoller Ansatz, und der Ministerin ist zu wünschen, dass sie für ihr weiteres Bemühen, die Rahmenbedingungen für die Frauenhäuser kontinuierlich zu verbessern, ihre Kabinettskollegen gewinnen kann. Seit 2017 sind die Landesmittel um 1,3 Millionen Euro erhöht worden. Doch es bleibt viel zu tun, und viel zu lange gab es keine Bewegung.

Die „Istanbuler Konvention“, die auch die Bundesrepublik unterschrieben hat, sieht einen Platz im Frauenhaus je 10 000 Bürgerinnen/Bürger vor. Für NRW wären das etwa 1800. Tatsächlich können alle Einrichtungen zusammen nur ein Drittel anbieten, rund 1200 fehlen. Zu wünschen wäre vor allem, dass es Scharrenbach gelingt, den grundsätzlichen Konstruktionsfehler in der Finanzierung der Frauenhäuser zu heilen. Auch nach Jahrzehnten steht diese auf den tönernen Füßen einer immer wieder zu verlängernden Projektfinanzierung. Eine auskömmliche Regelfinanzierung ist überfällig. Zusätzlich muss in Täterarbeit investiert werden. 

MONIKA BRÜGGENTHIES

 brueggenthies@caritas-muenster.de

DIE NEUEN LEHRPLÄNE LIEGEN VOR

Ausrichtung der Pflegeausbildung an der Lebenswirklichkeit

Seit rund 25 Jahren wird in Deutschland über eine Reform der Pflegeausbildung gesprochen – jetzt steht sie unmittelbar bevor. Ab kommenden Sommer werden die bislang getrennten Ausbildungen Gesundheitspflege, Altenpflege und Kinderkrankenpflege zu einer „generalistischen Pflegeausbildung“ zusammengeführt.

Zwangsläufig mussten deshalb neue Rahmenlehr- und Rahmenausbildungspläne geschaffen werden, die in den letzten Monaten von einer elfköpfigen Kommission erarbeitet wurden. Diese stellte Prof. Gertrud Hundenborn vom Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung Lehrkräften an den Pflegeschulen und Praxisanleitenden in den Ausbildungsbetrieben vor.

„Wir haben viele gesellschaftliche und politische Entwicklungen der letzten Jahre in den neuen Rahmenplänen berücksichtigt, die bislang noch nicht ausreichend ihren Niederschlag in der Pflegeausbildung gefunden haben – etwa der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff.“ Der sieht seit 2017 die Gleichbehandlung „körperlich, kognitiv und psychisch beeinträchtigter Menschen“ vor und stellt „die Selbstständigkeit und die Fähigkeiten pflegebedürftiger Menschen“ in den Fokus der Betrachtung.

Dass dieser komplett neue Ansatz von Pflege Auswirkungen auf die Lehrpläne haben muss, liegt auf der Hand: ebenso wie die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft, in der alte Menschen immer kränker und Kranke immer älter werden. Dies bedeute, dass es sinnvoll sei, die unterschiedlichen Wissensgebiete zu verbinden, damit etwa Pflegenden in Altenheimen mehr von den unterschiedlichen Krankheitsbildern wüssten und Fachkräfte in den Krankenhäusern mehr von geriatrischen Veränderungen ihrer Patienten.

Didaktische Grundsätze

Als didaktische Grundlage der neuen Pläne, die sich in elf curriculare Einheiten gliedern, hob Hundenborn die Kompetenzentwicklung im Prozess des lebenslangen Lernens, die Handlungsorientierung und den subjektorientierten Bildungsbegriff hervor.


In zwei sich an den Einführungsvortrag anschließenden Vertiefungseinheiten




Sabine Martin und Eva Maria Müller (beide Projektgruppe Pflegeberufe der Caritas NRW, v. l.), Dipl.-Psychologe Uwe Machleit, Prof. Gertrud Hundenborn, Prof. Barbara Knigge-Demal (alle drei Mitglieder der Fachkommission) und Birgit Preis (Projektgruppe Pflegeberufe der Caritas NRW) informierten bei einer Caritas-Veranstaltung in Essen rund 100 Lehrkräfte und Praxisanleiter über die Umsetzung des neuen Pflegeberufegesetzes.






Foto: Hubert Röser

machten sich die rund 100 Lehrkräfte, die an der Caritas-Schulung teilnahmen, mit den spezifischen Besonderheiten der unterschiedlichen Ausbildungsphasen vertraut.

Michelle Giffhorn von der Jordan Mai Krankenpflegeschule in Gelsenkirchen wertete die Fortbildung als wichtiges Feedback für die eigene Arbeit: „Ich habe zahlreiche Impulse für das Runterbrechen der Curricula auf die Praxis erhalten und freue mich, dass jetzt die Kompetenzorientierung der Ausbildung wesentlich stärker wird.“ So würden die Auszubildenden zukünftig mehr exemplarisch lernen, was zur Folge habe, dass sich die Schülerinnen und Schüler selbst mehr Informationen aneigneten. 

HUBERT RÖSER

 **Nächste Schulungen für Praxisanleitende (im primären Arbeitsfeld):**

 04.03. in Köln  26.03. in Essen
 27.03. in Aachen  03.04. in Münster
 20.04. in Paderborn

 Info unter

 www.caritas-nrw.de/Aktuelles

Lücke in der Pflegepolitik

Sie füllen die Lücken in der Pflege von alten Menschen in Deutschland: Zwischen 150 000 und 300 000 Menschen, meist Frauen aus Mittel- und Osteuropa, leben im Haushalt pflegebedürftiger Personen und ermöglichen ihnen, ihren Lebensabend in der vertrauten Umgebung zu verbringen. Experten schätzen, dass 90 Prozent von ihnen in der Schwarzarbeit tätig sind. Der Diözesan-Caritasverband Paderborn, der das kleine, aber bundesweit beachtete Projekt „CariFair“ betreut, fordert von der Politik ein Konzept zu fairen Arbeitsbedingungen in der Pflege-Migration. Nötig seien Mindeststandards, unter anderem Qualitätsstandards für Agenturen, die im Haushalt lebende Hilfen vermitteln. Diese bräuchten den Schutz der Sozialversicherungen und müssten vor Ort verlässlich begleitet werden. ◀

#freiefahrt fuer freiwillige

Die Caritas im Erzbistum Köln macht sich für kostenlose Fahrkarten im öffent-

lichen Nahverkehr für alle Freiwilligen stark. „Bund und Länder müssen ein Zeichen setzen, damit ehrenamtliches Engagement in der Gesellschaft besser wertgeschätzt und die Vernetzung der Freiwilligen untereinander gefördert wird“, sagte Dr. Thomas Möltgen, Vorsitzender des Vereins „Freiwillige Soziale Dienste im Erzbistum Köln“ (FSD) und Leiter Integration und Gemeindecaritas beim Diözesan-Caritasverband.

Jeden Tag machten sich rund 100 000 Freiwillige in Deutschland auf den Weg zum Dienst in ihrer Einsatzstellen. Die Caritas fordere bundesweit kostenfreie oder zumindest viel kostengünstigere ÖPNV-Tickets. Freiwillige müssten ihre Dienststelle erreichen, und das möglichst umweltschonend, so Möltgen. ▶

Neuer SGB-II-Testbogen

Zum Jahresbeginn wurden die Regelleistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Sozialgesetzbuch II - SGB)

angehoben. Der Eckregelsatz beträgt für eine alleinstehende Person 432 Euro und für zusammenlebende Ehepartner bzw. Lebenspartner jeweils 389 Euro. Trotz dieser Anhebung forderte die Caritas im Bistum Aachen höhere Leistungen. So ist Strom bei einer alleinstehenden Person lediglich mit 36,46 Euro in der Regelleistung vorgesehen, obwohl viele Grundversorger bereits steigende Strompreise angekündigt haben. „Energiearmut und Energieschulden bei Hartz-IV-Empfängern sind vorprogrammiert“, befürchtet Aachens Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders. „Gerade im Hinblick auf die zunehmende Notwendigkeit, wegen der Digitalisierung online präsent zu sein, ist die Versorgung mit Energie lebensnotwendig. Menschen, die von Grundsicherung leben, dürfen dabei nicht ausgegrenzt werden“, betonte Schröders. Der Caritasverband hat seinen SGB-II-Testbogen aktualisiert. Er bietet einen Überblick über Leistungen und Ansprüche. ▶

▶ www.caritas-ac.de/testbogen

ARBEITSLOSENREPORT

Mehr Menschen arm trotz Arbeit

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW beklagt eine zunehmende Armut unter Erwerbstätigen. Zwar sei die Arbeitslosigkeit auf einem Rekordtief, jedoch könnten rund 762 000 Menschen und damit knapp neun Prozent der Berufstätigen in Nordrhein-Westfalen nicht von ihrem Einkommen leben, hieß es im Arbeitslosenreport der Wohlfahrtspflege.

Diese Zahl dokumentiere den Anstieg, im Jahr 2008 seien es noch knapp sieben Prozent gewesen. Ein Einpersonenhaushalt in Deutschland gelte als armutsgefährdet, wenn der monatliche Verdienst unter dem bundesweiten Mittelwert von derzeit 1.035 Euro liege. Laut Statistik erhalten rund 17 Prozent der Vollbeschäftigten in NRW nur einen Niedriglohn. Bei den Frauen sei davon sogar jede vierte betroffen.

Unterstützungsangebote ausbauen

„Kinderarmut hat ihre Ursache in Elternarmut, ganz besonders in der Armut alleinerziehender Frauen“, erklärte die Diözesan-Caritasdirektorin im Bistum Essen, Sabine Depew. Im ganzen Bundesland seien etwa

18 Prozent der unter 15-Jährigen von Hartz IV abhängig.

Damit Alleinerziehenden der Ausstieg aus schlecht entlohnter Beschäftigung gelinge, bräuchten sie gezielte Beratung und neue Möglichkeiten der berufsbegleitenden Weiterqualifizierung, hieß es. Zudem müssten Kinderbetreuungsangebote so ausgebaut werden, dass sie den besonderen Bedürfnissen berufstätiger Eltern gerecht würden.

In der Statistik gibt es auch positive Entwicklungen im Vergleich zwischen Oktober 2018 und 2019. Die Zahlen der Langzeitarbeitslosen sind in fast allen Arbeitsamtsbezirken gesunken. ▶

▶ www.arbeitslosenreport-nrw.de

Jedes dritte Kind lebt im Ruhrgebiet in Armut

Wenn es um Armut geht, ist das Ruhrgebiet die Problemregion Nummer eins in Deutschland. Das geht aus dem aktuellen Armutsbericht hervor, den der Paritätische Wohlfahrtsverband kürzlich veröffentlicht hat.

Als größter Ballungsraum Deutschlands mit 5,8 Millionen Einwohnern weist das Ruhrgebiet eine Armutsquote von 21,1 Prozent auf; in Nordrhein-Westfalen sind es 18,1, bundesweit liegt die Armutsquote dem Bericht zufolge bei 15,5.


„Die gesamtgesellschaftliche Dramatik für die betroffenen Menschen und Kommunen in der Ruhrregion wird besonders sichtbar, wenn man die Quote der unter 15-Jährigen in den Blick nimmt, die SGB-II-Leistungen beziehen“, sagt Angelika Wagner, Armuts-Referentin im Caritasverband für das Bistum Essen. Laut Sozialbericht NRW waren 40 Prozent aller unter 15-Jährigen in Gelsenkirchen im Jahr 2018 von Hartz IV abhängig (NRW: 18,5 Prozent). In Essen sind es 33, in Duisburg 29, in Mülheim und Oberhausen knapp 28 Prozent. „Angesichts solcher katastrophaler Zahlen ist es dringend erforderlich, dass Sozialleistungen für Kinder transparent, gebündelt und unbürokratisch beantragt und gewährt werden können, damit die Hilfe bei den Betroffenen ankommt“, so Wagner. „Die Kindergrundsicherung, die derzeit politisch diskutiert wird, würde dies ermöglichen.“

„Armutspolitischer Erdbeben“

Auch im Ruhrgebiet unterscheiden sich die Regionen erheblich. Die Städte und Gemeinden im ländlichen Bereich zeigen laut Sozialbericht NRW ein deutlich höheres Einkommensniveau. Im Ennepe-Ruhr-Kreis und im Märkischen Kreis liegen das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen bei ca. 23.000 Euro und damit gut 2.000 Euro über dem Ruhrgebietsdurchschnitt. Dagegen liegt das Pro-Kopf-Einkommen in Gelsenkirchen bei 15.500 und in Duisburg bei 16.500 Euro.


Im Zehnjahresvergleich von 2008 zu 2018 ist laut der Untersuchung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes die Armut im Ruhrgebiet fast viermal so schnell angestiegen wie im gesamten Bundesgebiet - anders als in anderen Bundesländern mit besonders hoher Armut, in denen die hohe Ar-

mutquote meist sogar rückläufig war. Den Raum Duisburg/Essen trifft die Entwicklung besonders, hier ermittelt die Untersuchung eine Steigerung der Armutsquote in den letzten zehn Jahren von 14,8 auf 20,9 Prozent. Dies entspricht einem Zuwachs um 41,2 Prozent, was einem „armutspolitischen Erdbeben“ gleichkomme.

Gegenläufig zum Bundestrend ist im Ruhrgebiet auch die Hartz-IV-Quote deutlich gestiegen. Bundesweit ging sie in zehn Jahren von 10,3 auf 8,9 zurück. Im Ruhrgebiet lag sie jedoch 2018 bei 15,3 Prozent und war damit um 1,4 Prozentpunkte gestiegen.  CORDULA SPANGENBERG

Kardinal Woelki würdigt Ermittler gegen Kinderpornografie

Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki hat die Ermittler im Kampf gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie gewürdigt. „Was täten wir ohne all die Menschen“, die Tag für Tag im Einsatz seien, um die auch im Internet verbreitete sexuelle Gewalt gegen Minderjährige zu ahnden und zu verhindern, sagte er beim Gottesdienst für die Landtagsabgeordneten in Düsseldorf. Ihm gehe nicht aus dem Kopf, dass diese Menschen selbst der Begleitung bedürften, um mit dem Grauen umgehen zu können.


Von ihnen, aber auch von Feuerwehrleuten, Sozialarbeitern, Mitarbeitern in Obdachlosenheimen, Ärzten in Krisengebieten oder Hospizen müsse viel mehr geredet werden, forderte Woelki. Sie stünden mit ihrem Leben für eine Welt, die dem Verständnis mehr zutraue als der Gewalt, dem Frieden mehr als Krieg und der Vernunft mehr als Hass. 

Kirchliche Sozialträger an der Spitze

Die besten Karriereaussichten für Pflege- und Sozialkräfte in Deutschland bieten vor allem kirchliche und gemeinnützige Arbeitgeber.

Das ist ein Ergebnis einer Studie zu Karrierechancen im sozialen Bereich, die das Hamburger Institut für Management- und Wirtschaftsforschung (IMWF) im Auftrag von „Focus Money“ durchgeführt hat. Insgesamt wurden 2400 Firmen aus zehn Branchen untersucht, darunter Pflegedienste, Seniorenheime und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Neun der zehn Spitzenplätze wurden dabei von Betrieben in kirchlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft errungen.

Laut den Angaben belegte die Caritas Alten- und Krankenhilfe im sauerländischen Brilon den ersten Platz unter den Anbietern stationärer und ambulanter Pflege. Für die Studie wurden laut IMWF interne Karriere-Aspekte der Unternehmen wie Bezahlung, Weiterbildungsangebote, Aufstiegschancen sowie Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie mittels eines Fragebogens erfasst. Daneben wurde die Reputation der Unternehmen unter anderem in den sozialen Netzwerken analysiert.

An 50 der untersuchten Unternehmen vergab das IMWF das Siegel „Top Karrierechancen Pflege und Gesundheit“. 

M. LAHRMANN

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstraße 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Titelfoto: Achim Pohl

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Astrid Rohde

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

astrid.rohde@bonifatius.de

ISSN 1611-3527